

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Vereinigung der Juristinnen,
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen
Geschäftsstelle / Office:
Anklamer Straße 38 • D-10115 Berlin
fon: +49 30 4432700 • fax: +49 30 44327022
geschaeftsstelle@djb.de • <http://www.djb.de>

Berlin, 24. November 2017

PRESSEMITTEILUNG

Von nichts kommt nichts. Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung 2017 djB und BMFSFJ stellen Projektergebnisse vor

Frei definierbare Zielgrößen für den Frauenanteil im Management zeigen wenig Wirkung. „Die noch viel zu oft gewählte „Zielgröße Null“ für Vorstände ist ein Ruf nach weiterer Regulierung und verbindlicheren Pflichten zur Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsebenen der Wirtschaft. Innovation und Exzellenz bedeuten, auch in diesem Bereich klare Ziele und wirksame Maßnahmen zur Zielerreichung zu entwickeln“, so Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbunds e.V. (djB).

Seit 2009 besucht der djB die Hauptversammlungen insbesondere der DAX-30-Unternehmen. Er hat durch konsequente Fragen nach den Geschlechterverhältnissen in Aufsichts- und Leitungsgremien maßgeblich den Weg für das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst geebnet. Während die 30-Prozent-Quote in den Aufsichtsräten börsennotierter und voll mitbestimmter DAX-30-Unternehmen überwiegend umgesetzt wurde, sind die Zielgrößenregelungen ein großer Schwachpunkt.

In Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) präsentiert der djB heute von 10.30 bis 12.00 Uhr im BMFSFJ, Glinkastr. 24, 10117 Berlin die Projektergebnisse. Mit kabarettistischem Auftakt und wissenschaftlichem Vortrag wird ein vielfältiges Programm geboten.

Prof. Dr. Eva Kocher, wird in ihrem heutigen Vortrag „Die deutsche Wirtschaft. Von Freiwilligkeit und Verpflichtung“ das Erfordernis der Bereitschaft für eine nachhaltig geschlechtergerechte Personalpolitik vor dem Hintergrund der geltenden gesetzlichen Regelung thematisieren: „Freiwilliges Engagement von Unternehmen im Interesse der Gleichstellung ist unabdingbar, um einen Wandel der Unternehmenskulturen zu erreichen“, so die Hochschullehrerin der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). „Freiwilligkeit sollte aber nicht zu Beliebigkeit werden.“

„Es geht um Macht, Geld und Einfluss, und freiwillig wird hier nicht geteilt“, wie Ramona Pisal, Past Präsidentin des djB, beständig betont.

Die Leiterin der Abteilung Gleichstellung im BMFSFJ, Christine Morgenstern, hebt hervor: „Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die verbindliche 30-Prozent-Regelung des Gesetzes für börsennotierte und paritätisch mitbestimmte Unternehmen Tatsachen schafft. Die

Reihen dieser Aufsichtsräte füllen sich langsam mit mehr Frauen. Jetzt muss diese Entwicklung in den Vorständen weitergehen. Die Befragungen des djb auf den Hauptversammlungen der 30 größten Unternehmen unseres Landes sind ein wertvoller Beitrag, um herauszufinden, wo es bei den Unternehmen nicht funktioniert und wo wir genauer hinschauen müssen.“

Der djb fordert – auch angesichts der ausgewerteten Projektergebnisse – verbindliche Quotenregelungen für alle Führungspositionen in deutschen Unternehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine Nachbesserung des Gesetzgebers unabdinglich sein. Denn: Von nichts kommt nichts.